

## **Wahlprüfsteine des Landesfamilienrates BW – Antwort der Partei FDP**

Gerne geben wir Ihnen folgende Antworten:

### **I Wirtschaftliche Familienförderung verbessern**

#### **Welcher Maßnahmen planen Sie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut?**

An erster Stelle steht eine tragfähige Wirtschaftspolitik, denn sie sorgt für gute Arbeitsplätze und Gehälter. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Qualifizierung. Denn nur sie ermöglicht es, aus der Falle schlecht bezahlter ungelernter Berufe zu entkommen. Insbesondere für Alleinerziehende sind hierbei Modelle wie die Teilzeitausbildung aber auch verlässliche Modelle der Kinderbetreuung unerlässlich. Wir haben in Baden-Württemberg hervorragende Möglichkeiten, Qualifizierungen nachzuholen. Hier wollen wir ansetzen und die Motivation steigern sowie die Rahmenbedingungen anpassen. Wir Freien Demokraten haben das Konzept „Kindergeld 2.0 – das Kind im Mittelpunkt“ vorgelegt. Es fasst die bisher den Eltern zustehenden, kindesbezogenen Leistungen, das als echter Anspruch des Kindes realisiert wird, zusammen. Das Kindergeld 2.0 besteht aus drei Komponenten: dem einkommensunabhängigen Kindergeld/Grundbetrag, dem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (Flexibetrag) sowie Gutscheinen für kindesbezogene Leistungen.

#### **Welche konkreten Schritte planen Sie um (benachteiligten) Familien den Zugang zu sozial- und familienpolitischen Leistungen zu erleichtern?**

Ein zentrales Handlungsfeld ist aus Sicht der Freien Demokraten die Vereinfachung des Staats durch einen echten Bürokratieabbau und umfassende Vereinfachungen. Deshalb haben wir schon vor Jahren den Vorschlag eines liberalen Bürgergelds gemacht, der die Vielzahl der öffentlichen Leistungen bündelt, sieht auch das oben Geäußerte. Wir sind der Meinung: Nur der einfache Staat ist ein gerechter Staat.

In Zeiten des Internets und der Vernetzung sowie einer reichhaltigsten Verbändelandschaft im Sozialbereich und der Beratungspflicht der Sozialleistungsträger sehen wir in Anbetracht der vor dem Hintergrund der Folgen der Corona-Krise dringend erforderlich werdenden Konsolidierung öffentlicher Haushalte keine zwingende Notwendigkeit, weitere Strukturen aus Steuermitteln aufzubauen.

#### **Wie stehen Sie zur kostenlosen Schülerbeförderung?**

Eine kostenlose Schülerbeförderung würde Millionenbeträge binden, die an anderer Stelle fehlen. Dies Problem dürfte sich durch die zusätzlichen Mittel noch verschärfen, die die öffentliche Hand zur Bewältigung Krise aufgewendet hat. Wir treten deshalb für einen angemessenen, moderaten Eigenanteil der Eltern ein. Zum Schutz kinderreicher oder finanzschwacher Familien vor übermäßiger Belastung wollen wir uns aber in Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden für eine Belastungsobergrenze einsetzen. Gelegentlich wird auch übersehen, dass seit 1. Januar 2018 für die Subventionierung von Schüler- und Azubi-Tickets im Busverkehr 200 Millionen Euro vom Land an die Landkreise fließen. Diese Mittel werden ab dem Jahr 2021 schrittweise um 50 Millionen Euro auf dann 250 Millionen Euro jährlich angehoben.

### **II Erhalt und Ausbau sozialer Infrastruktur**

#### **In welchem Umfang sind Sie bereit, Familienbildung als präventives, Familien stärkendes, Bildung förderndes und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherndes Instrument systematisch zu fördern?**

Wir möchten das Landesprogramm Stärke so weiterentwickeln, dass es wieder allen Familien offensteht und den Weg zur Familienbildung weist. Es war aus Sicht der Freien

Demokraten geradezu stigmatisieren, die Leistungen nur noch für einkommensschwache Familien vorzusehen.

**Inwiefern sind Sie bereit, die Familienferienstätten bzw. Familienerholung finanziell zu unterstützen, um damit Familien zu entlasten?**

Familienferienstätten bieten gute Angebote. Für die Instandhaltungs- oder Erneuerungsmaßnahmen wurde in den Staatshaushaltsplan ein entsprechender Titel aufgenommen. Darüber hinausgehende Leistungen könnten durch Umschichtung entwickelt werden.

**Welche Maßnahmen planen Sie gegen rechtsgerichtete und fremdenfeindliche Haltungen?**

Die FDP spricht sich entschlossen gegen Extremismus aller Art aus, ganz gleich ob von rechts oder links oder islamistisch. Wir unterstützen daher entsprechende Präventionskonzepte und halten auch eine angemessene Förderung für Aussteigerprogramme für erforderlich. Sofern Kinder und Jugendlichen in einem extremistischen Umfeld aufwachsen, ist es wichtig, dass Lehrkräfte und Erzieher solche Probleme frühzeitig erkennen und hier in einer kompetenten und geschulten Art Alternativen vermitteln.

**III Kinderbetreuung weiter verbessern**

**Welche Schritte sind von Seiten der zukünftigen Landesregierung geplant, um eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung zu sichern?**

Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sind auch Bildungseinrichtungen. Auch hier hat die Qualität des Bildungsangebots hohe Priorität. Durch eine Vielfalt der Angebotsformen ist es für die Eltern möglich, die individuell passende Kindertagesbetreuung für ihr Kind zu finden. Wir treten auch im Bereich der frühkindlichen Bildung für eine möglichst weitgehende Wahlfreiheit und einen Wettbewerb der Angebote ein. Wir werden:

- gewährleisten, dass das Land seine Verantwortung für die Kindertagesbetreuung mit dem gebotenen finanziellen Engagement wahrnimmt und dabei den kommunalen, kirchlichen und freien Trägern jenes Maß an Gestaltungsfreiheit lässt, das ein vielfältiges Angebot möglich macht.
- die Betreuung durch Tageseltern als gleichwertig mit der Betreuung in einer Kindertagesstätte anerkennen und entsprechend bezuschussen.
- eine gesetzliche Grundlage schaffen, die die wesentlichen Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege definiert und die erforderliche Rechtssicherheit schafft.
- Leistungen aus dem sogenannten „Gute-Kita-Gesetz“ des Bundes für Bildung und Betreuung in gleicher Weise der Kindertagespflege zugutekommen lassen.
- bei der Bemessung der finanziellen Ausstattung der Kindertageseinrichtungen auch über das Jahr 2022 hinaus eine angemessene Leitungszeit vorsehen.
- die Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen ausbauen und verbessern.
- eine Vereinbarung mit den Kommunen anstreben, um den Orientierungsplan für eine frühe Bildung für verbindlich zu erklären.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?**

Wir wollen vor allem in die Ausbildung weiterer pädagogischer Fachkräfte investieren. Das Modell der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) bietet dazu Anknüpfungspunkte. Auch könnten die Möglichkeiten der Weiterqualifizierung von Tageseltern zu Erzieherinnen und Erziehern verbessert werden, was im Interesse beider Gruppen liegen dürfte.

#### **IV Bezahlbares und generationengerechtes Wohnen fördern**

**Welche Schritte sind von seitens des Landes geplant, um die akute Wohnraumnot zu senken?**

**Welchen Beitrag leistet das Land, zur nachhaltigen Stärkung von Quartier und Sozialraum, um Kindern und Familien ein anregendes und förderliches Umfeld zu bieten?**

Sollte die FDP an der zukünftigen Landesregierung beteiligt sein, wird die Schaffung von neuem Wohnraum eines der Kernanliegen von uns sein. Es gilt, mehr Investitionen in den Bau neuer Wohnungen zu ermöglichen sowie das Bauen günstiger und schneller zu machen.

Als Maßnahmen dazu gehört die Entschlackung der Landesbauordnung von unnötigen und kostentreibenden Auflagen, die Ausweisung von neuem Bauland zur Schaffung von mehr Wohnraum, die Etablierung von Nachverdichtungsprogrammen sowie die Festschreibung höherer baulicher Dichten, die Förderung von Wohneigentum durch eine Absenkung der Grunderwerbssteuer auf 3,5 Prozent, die Anreizung von privaten Investitionen durch eine verlässliche und langfristige Politik, die Beschleunigung und Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Förderung von neuen Wohnformen wie Mehrgenerationenhäusern und Seniorenwohngemeinschaften durch eine Verringerung von Vorschriften. Für uns wäre es aus Sicht der Familien sehr förderlich, beim Erwerb von Wohneigentum einen Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 Euro für natürliche Personen einzuführen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene hierfür ein. Eine aktive Quartiersgestaltung kann darüber hinaus eine wichtige Rolle spielen. Diese ist gemeinsam mit den Städten und Gemeinden weiterzuentwickeln und die bisherige Förderpolitik zu evaluieren.

#### **V Medienkompetenz – Teilhabe an Bildung in einer digitalen Welt**

**Welche Maßnahmen planen Sie, um eine ausreichende digitale Infrastruktur zu schaffen und die Medienkompetenz von Lernenden, Lehrenden und pädagogischen Fachkräften zu stärken und zu sichern?**

Eine gute Versorgung mit schnellem Internet in allen Schulen und die Verfügbarkeit von WLAN in allen Klassen- und Fachräumen, machen Informatikunterricht und digitale Lehr- und Lernmethoden überhaupt erst möglich. Schulen müssen bei einem geförderten Ausbau folglich priorisiert werden. Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass eine weitere Milliarde in den Breitbandausbau investiert werden muss, damit wir diesen Kraftakt bewältigen können. Diese weitere Milliarde wollen wir mit Mitteln aus der Baden-Württemberg-Stiftung gegenfinanzieren.

Für die Stärkung der Medienkompetenz werden wir:

- für alle Kinder und Jugendlichen Medienbildung und den kritischen, selbstbestimmten Umgang mit den modernen Medien als verbindlichen Lerninhalt definieren.
- das Fach Informatik an allen weiterführenden Schulen ab Sekundarstufe 1 mindestens als Wahlpflichtfach anbieten.

- digitale und mediendidaktische Kompetenzen für alle Lehrerinnen und Lehrer als unverzichtbar sowohl in Lehramtsstudiengängen, als auch in den Qualifikationsprofilen für Ausbilder und Weiterbildungsprogrammen festschreiben.
- existierende Fortbildungsprogramme, etwa für Lehrer an Schulen durch Medienkompetenztage und für Hochschullehrer durch Kursangebote, stärken und bei den Bildungsträgern neue Weiterbildungsangebote fordern und fördern.
- die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters im Fachbereich Informatik und digitale Medien in Bildungseinrichtungen fördern. Hierbei soll unter anderem die gesellschaftliche Teilhabe im Vordergrund stehen.

**Wo werden – unterstützt von der Landesregierung – Grundfragen der Medienethik geklärt?**

Sowohl im Medienbildungs- und Informatikunterricht an den Schulen als auch in der Lehreraus- und -fortbildung und der Weiterbildung im Bereich der digitalen Bildung müssen Fragen der Medienethik eine zentrale Rolle spielen.

**Mit welchen Maßnahmen soll ein funktionierender Kinder- und Jugendmedienschutz gewährleistet werden?**

Im Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes halten wir eine bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern sowie die Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen für notwendig. Dazu gehört vor allem eine fundierte, ab Klasse 1 einsetzende Medienbildung, in der der kritische Umgang mit digitalen Medien im Schulunterricht gestärkt wird.